HANDELS- UND INDUSTRIEVEREIN
DES KANTONS BERN
Berner Handelskammer

Medienmitteilung

Bern, 2. November 2026

Parolenfassung HIV Kanton Bern 29. November 2026

Der HIV Kanton Bern empfiehlt bei den eidgenössischen Vorlagen dreimal ein NEIN und einmal ein JA.

1. **NEIN zur Volksinitiative «Für eine Einschränkung von Feuerwerk»**
2. **NEIN zur Volksinitiative «Ja zu fairen Bundessteuern auch für Ehepaare - Diskriminierung der Ehe endlich abschaffen!»**
3. **NEIN zur Zusatzfinanzierung der AHV durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer**
4. **JA zur Änderung des Kriegsmaterialgesetzes**

NEIN zur Feuerwerksinitiative

Die Initiative will den Verkauf und die Verwendung lärmerzeugender Feuerwerkskörper schweizweit verbieten. Der HIV Kanton Bern anerkennt die Anliegen des Tier-, Umwelt- und Lärmschutzes, hält ein nationales Verbot aber für unverhältnismässig.

Kantone und Gemeinden können Feuerwerk bereits heute zeitlich und örtlich einschränken. Diese lokalen Instrumente reichen aus. Ein zusätzliches Bundesverbot würde unnötig in die Wirtschaftsfreiheit eingreifen und Hersteller, Importeurinnen, Handel sowie Veranstalter belasten. Für betroffene Betriebe würde das Verbot Absatzmöglichkeiten beschneiden und bereits getätigte Investitionen entwerten. Auch bewilligungspflichtige Ausnahmen schaffen zusätzlichen administrativen Aufwand und Abgrenzungsfragen. Zweckmässiger sind die vorhandenen differenzierte Regeln, die Belastung, Anlass und örtliche Gegebenheiten berücksichtigen.

NEIN zur Initiative zur Besteuerung von Ehepaaren

Die Initiative verlangt, die gemeinsame Besteuerung von Ehepaaren in der Bundesverfassung zu verankern. Der HIV Kanton Bern teilt das Ziel, steuerliche Benachteiligungen zu beseitigen underachtet die bereits beschlossene Individualbesteuerung als zeitgemässere Lösung.

Die Individualbesteuerung verbessert insbesondere für Zweitverdienende die Erwerbsanreize und trägt dazu bei, das inländische Arbeitskräftepotenzial besser auszuschöpfen. Eine Annahme der Initiative würde den Systemwechsel infrage stellen, neue Widersprüche schaffen und das Steuerrecht weiter verkomplizieren. Gerade in Branchen mit ausgeprägtem Fachkräftemangel ist jedes zusätzliche Arbeitspensum volkswirtschaftlich relevant. Ein zivilstandsunabhängiges Steuersystem reduziert Fehlanreize und erleichtert Haushalten die freie Aufteilung von Erwerbs- und Familienarbeit. Die Initiative würde dagegen eine überholte Besteuerungslogik festschreiben und den politischen Spielraum für eine kohärente Reform einschränken.

NEIN zur Mehrwertsteuererhöhung für die AHV

Zur teilweisen Finanzierung der 13. AHV-Rente soll die Mehrwertsteuer per 1. Januar 2028 um 0,4 Prozentpunkte erhöht werden. Damit werden zusätzliche Einnahmen von jährlich rund 1,5 Milliarden Franken erwartet.

Der HIV Kanton Bern anerkennt den Handlungsbedarf, lehnt die Vorlage aber ab. Die Steuererhöhung behebt die strukturellen Finanzierungsprobleme der AHV nicht, belastet Haushalte und Unternehmen und schwächt die Kaufkraft. Statt weiterer punktueller Einnahmen braucht es eine umfassende Reform, die die Altersvorsorge langfristig stabilisiert. Für Unternehmen kann eine höhere Mehrwertsteuer zudem zusätzlichen Umstellungsaufwand bei Preisen, Kassensystemen, Verträgen und Abrechnungen verursachen. Weil die Finanzierungslücke nur teilweise geschlossen wird, bleibt der Druck für weitere Steuer- oder Beitragserhöhungen bestehen. Eine tragfähige Lösung muss deshalb Ausgaben, Einnahmen und demografische Entwicklung gemeinsam berücksichtigen und strukturelle Anpassungen vorantreiben.

JA zur Änderung des Kriegsmaterialgesetzes

Die Vorlage passt die Exportbestimmungen an die veränderte sicherheitspolitische Lage an. Ausfuhren sollen an Staaten mit einem vergleichbaren Exportkontrollregime möglich werden. Die bestehenden Kontrollen und die Eingriffsmöglichkeiten des Bundesrats bleiben erhalten.

Für die Schweizer Sicherheits-, Industrie- und Zulieferbranche ist der Zugang zu internationalen Märkten und Wertschöpfungsketten zentral. Die Änderung verhindert Wettbewerbsnachteile, stärkt die industrielle Basis der Landesverteidigung und erhält Arbeitsplätze sowie technologisches Know-how. Gleichzeitig bleiben Ausfuhren in Staaten mit schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen oder hohem Missbrauchsrisiko ausgeschlossen. Ohne verlässliche Exportmöglichkeiten drohen Schweizer Anbieter aus internationalen Beschaffungs- und Kooperationsprojekten verdrängt zu werden. Dadurch gingen Aufträge, Innovationspartnerschaften und sicherheitsrelevante Produktionskompetenzen verloren, die sich kurzfristig kaum wiederaufbauen lassen. Die Vorlage schafft einen ausgewogeneren Rahmen, weil sie wirtschaftliche Handlungsfähigkeit mit staatlichen Kontroll- und Untersagungsmöglichkeiten verbindet.

Weitere Informationen:

Henrik Schoop, Direktor HIV Kanton Bern, 079 790 30 48